

**Baden-Württembergische Versorgungsanstalt
für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte**



59. VERSORGBRIEF

Juni 2010



Inhalt

	Seite
Geleitwort	1
Bericht des Geschäftsführers über das Geschäftsjahr 2009	3
VA-Seminare	34
Liegenschaft der Versorgungsanstalt im Bild	35

Geleitwort

des Präsidenten der Versorgungsanstalt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Höhepunkt der Finanzmarktkrise ist überschritten. Aus dem Kreis unserer Teilnehmer wird nun die Frage gestellt, wie die Versorgungsanstalt sich in der Krise bewährt hat. Im Jahr 2008 zeigte das Jahresergebnis höchst unterschiedliche Tendenzen. Teilnehmerzugang und Höhe der Versorgungsabgaben entwickelten sich positiv, während die Kapitalanlage, die in den Vorjahren überdurchschnittliche Gewinne erzielte, nur mit einer Rendite von 0,18% bilanzierte. Um diesen sehr bescheidenen, aber immerhin positiven Wert auszuweisen, musste die Sicherheitsrücklage in Anspruch genommen werden, die von 6,6% auf 4,7% des Deckungsstocks abgeschmolzen wurde.

Nachdem wir den Jahresabschluss 2009 fertig gestellt haben, kann ich die Frage nach der Krisenbewältigung beantworten. Das Bild der Jahresbilanz hat sich gründlich geändert. Es ist außergewöhnlich positiv. Bei Neuzugang und Versorgungsabgabe ist die Statistik weiterhin erfreulich. Die Daten haben sich teilweise noch verbessert. Mit einem Zuwachs von 1,17% gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der aktiven Teilnehmer der Versorgungsanstalt auf 52.993



Jahresergebnis 2009

erhöht. Die Versorgungsabgaben stiegen im gleichen Zeitraum um 4,73% auf 560 Mio. EUR. Die Kapitalanlage hingegen erzielte für 2009 ein Rekordergebnis: Die Verzinsung des Deckungsstocks stieg auf 10,52%. Der Deckungsstock beträgt nun per Ende 2009 8,6 Mrd. EUR.

Der Verwaltungsrat entschied Anfang des Jahres über die Verteilung des Überschusses. Angesichts einer anhaltenden Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Märkte wurde beschlossen, die im Vorjahr abgeschmolzene Sicherheitsrücklage von 4,7% auf 6,5% des Deckungsstocks aufzufüllen. Auch aus versicherungsmathematischen Neuberechnungen ergab sich Bedarf für eine Nachreservierung. Trotz

Kapitalbindung durch Stärkung der Reserven ermöglicht das gute Jahresergebnis 2009 der Versorgungsanstalt eine Punktwerthöhung auf 81,30 EUR zum 01.07.2010. Dies bedeutet für Sie als Teilnehmer, dass Renten und Rentenanwartschaften zu diesem Zeitpunkt um 1,2% steigen und somit die Inflationsrate übertreffen. Angesichts des gesamtwirtschaftlichen Umfelds mit einer nur zögerlich ansteigenden Konjunktur werte ich dieses Ergebnis als durchweg positiv.

Im letzten Jahr hatte ich Ihnen berichtet, dass die Dynamik in der gesetzlichen Rentenversicherung von 2,41% auf keiner nachhaltigen Entwicklung basieren konnte. Ganz offensichtlich war diese Rentenerhöhung im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl konzipiert worden. Es verwundert daher nicht, dass es in diesem Jahr in der GRV keine Anhebung der Renten und Rentenanwartschaften geben kann. Auch in den Folgejahren muss wohl mit Nullrunden gerechnet werden. Da die Versorgungsanstalt im vergangenen Jahr nur eine Dynamik von 0,34% bieten konnte, rechnete ich mit einer Vielzahl von Beschwerden, weil die Versorgungsanstalt mit der Leistungssteigerung der gesetzlichen Rentenversicherung nicht Schritt halten konnte. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Damit zeigt sich, dass ich Sie von dem Grundsatz überzeugen konnte, dass eine

Dynamik 1,2%

Dynamik nur dann gewährt werden kann, wenn sie auf entsprechenden wirtschaftlichen Ergebnissen basiert. Von populistischen Erwägungen dürfen und werden wir uns auch zukünftig nicht leiten lassen.

Nach zwei ereignisreichen Jahren, in denen ich die Versorgungsanstalt geleitet habe, werde ich mich berufspolitisch zurücknehmen. Ich habe mich entschlossen die Führung unseres Versorgungswerkes in der ab Mitte Mai 2010 beginnenden Amtsperiode in jüngere Hände zu geben. Dieser Übergang ist wohl vorbereitet und sichert die seit Jahrzehnten bewährte Kontinuität in der Leitung der Versorgungsanstalt durch Träger des Ehrenamtes aus dem Kreis der Teilnehmer. Bitte schenken Sie meiner Nachfolgerin, Frau Dr. Hemberger, und ihrem Stellvertreter, Herrn Dr. Fabian,

das gleiche Vertrauen, das Sie auch mir in den gut 20 Jahren meiner verantwortlichen Tätigkeit in der berufsständischen Versorgung zuteil werden ließen. Für die nächsten 4 Jahre bleibe ich der Versorgungsanstalt und damit auch Ihnen als Delegierter der Vertreterversammlung verbunden.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen
Ihr



Dr. med. Eberhard Kimmi

Bericht des Geschäftsführers über das Geschäftsjahr 2009

A Rechtsform, Aufgaben, Organe und Aufsicht

Rechtsform

Die Versorgungsanstalt wurde durch Gesetz vom 2. August 1951 (RegBl. Württemberg-Hohenzollern S. 83) errichtet; ihr Wirkungsbereich wurde durch Gesetz vom 4. Juli 1961 (GBl. für Baden-Württemberg S. 207) auf das ganze Land Baden-Württemberg ausgedehnt. Sie ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Tübingen (§ 1 des Gesetzes über die Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte – nachfolgend »VA-Gesetz« genannt).

Aufgaben

Die Versorgungsanstalt gewährt den Teilnehmern (Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte) Altersruhegeld und Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit mit Kinderzuschlag sowie ihren Angehörigen Hinterbliebenenversorgung (Witwenrente, Witwerrente, Halbwaisenrente, Vollwaisenrente, Sterbegeld) nach den Bestimmungen des Gesetzes und der Satzung (§ 2 VA-Gesetz).

Organe der Versorgungsanstalt

Organe der Versorgungsanstalt sind die Vertreterversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorsitzende des Verwaltungsrats. Ihre Ämter sind Ehrenämter (§ 3 VA-Gesetz).

Die Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung erlässt die Satzung und die Gebührenordnung. Sie beschließt über den jährlichen Haushaltsplan, die Anerkennung der Jahresrechnung und die Entlastung des Verwaltungsrats und stellt Richtlinien für die Anlage von Vermögen auf (§ 4 VA-Gesetz).

Der Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat beschließt über alle Angelegenheiten der Versorgungsanstalt, soweit das Gesetz oder die Satzung nichts anderes bestimmen; Angelegenheiten, die der Beschlussfassung der Vertreterversammlung vorbehalten sind, bereitet er vor (§ 5 VA-Gesetz).

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats leitet die Verwaltung der Versorgungsanstalt und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich (§ 6 VA-Gesetz). Er führt den Titel Präsident der Versorgungsanstalt (§ 11 der Satzung).

Aufsichtsbehörde

Die Versorgungsanstalt untersteht der Staatsaufsicht. Sie wird geführt vom Ministerium für Arbeit und Soziales im Benehmen mit dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum (§ 13 VA-Gesetz).

B Geschäftsablauf

Politisches und wirtschaftliches Umfeld

Im vorigen Jahr gab es in Deutschland zahlreiche Wahlen: Bundestagswahl, Europawahl, Bundespräsidentenwahl, sechs Landtagswahlen und acht Kommunalwahlen standen auf der Tagesordnung. Im Mai wurde Horst Köhler für weitere fünf Jahre als Bundespräsident von der Bundesversammlung im Amt bestätigt, ebenso Angela Merkel im September vom Bundestag als Bundeskanzlerin. Die große Koalition aus Union und SPD wurde von einer Koalition aus CDU/CSU und FDP abgelöst.

Für die Europäische Union klang das Jahr versöhnlich aus. In einer zweiten Abstimmung sprachen sich die Iren doch noch für den Lissabon-Vertrag aus, der unter anderem die Machtteilung zwischen Kommission, Parlament und Nationalstaaten regelt. Das umfangreiche Abkommen trat am 1. Dezember 2009 in Kraft.

Der Klima-Gipfel von Kopenhagen sollte die Welt retten und endete in einem Debakel. Knapp zwei Wochen lang wurde über eine Nachfolgeerklärung zum Kyoto-Protokoll verhandelt, einigen konnte man sich nicht.

Wirtschaftlich war 2009 von großer Unsicherheit geprägt. Während das erste Quartal noch ganz im Zeichen der globalen Finanzmarktkrise stand und sowohl die Wirtschaft als auch die Aktienmärkte ihren massiven Einbruch fortsetzten, stand ab dem dritten Quartal die Erholung der Konjunktur im Vordergrund. Die weltweit koordinierten, in ihrer Dimension bislang einzigartigen, geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen zeigten ab der zweiten Jahreshälfte erste Wirkung und führten zu einer Stabilisierung der globalen Wirtschaft.

Im Laufe des ersten Halbjahres senkte die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins in drei Schritten von 2,5% auf das bisherige Rekordtief von 1,0%. Dies führte in der Folge zu einer enormen Versteilerung der Zinsstrukturkurve, so weitete sich beispielsweise die Zinsdifferenz zwischen 2 und 10 Jahren in der Spitze um bis zu 100 Basispunkte aus. Im Jahresverlauf stieg die durchschnittliche Umlaufrendite inländischer Staatsanleihen von 2,86% auf 3,02%. Um den Sekundärhandel am Pfandbriefmarkt europaweit wieder zu beleben, kündigte die EZB im Juni ein umfangreiches Kaufprogramm für europäische Pfandbriefe im Volumen von 60 Milliarden EUR an. Bis zum Jahresende 2009 wurde davon schon im Umfang von 28,74 Milliarden EUR Gebrauch gemacht.

Mit der Entspannung der Krise verloren die deutschen Staatsanleihen ihren Status als sicherer Hafen und gehörten folglich im Gegensatz zum Vorjahr neben dem Geldmarkt zu den Verlierern unter den Vermögensanlageklassen. Die Verlierer des Jahres 2008 wandelten sich zu den Gewinnern 2009. Für Unternehmensanleihen war das vergangene Jahr ein Jahr der Rekorde, sowohl was die Performance von rund 16% als auch das Neuemissionsvolumen angeht. Mit zunehmendem Risiko wurden höhere Erträge erzielt.

Der deutsche Aktienmarkt beendete das Jahr ebenfalls mit einem sehr erfreulichen Plus von rund 25 %. Ebenfalls korrigiert wurde der scharfe Preisverfall an den Rohstoffmärkten. Der Preis für das Fass Öl erholte sich im Laufe des Jahres von 40 US-Dollar auf 80 US-Dollar. Gold erzielte im Dezember ein neues Allzeithoch von über 1.200 US-Dollar je Feinunze.

Vertreterversammlung

Der Vertreterversammlung gehören in der 15. Amtsperiode (Amtszeit 2006 bis 2010) an:

Dr. med. Jörg Niederöcker, Stuttgart,
Vorsitzender der Vertreterversammlung

Dr. med. dent. Eberhard Montigel, Heilbronn,
Stv. Vorsitzender der Vertreterversammlung

Ärzte

Dr. med. Dietrich Allmendinger, Esslingen
Priv.-Doz. Dr. med. Christian Benninger, Heidelberg
Dr. med. Claudia Braig, Villingen-Schwenningen
Dr. med. Fritz Bühler, Walldürn
Dr. med. Kirsten Buttkereit-Renz, Esslingen
Dr. med. Ulrich Clever, Freiburg
Dr. med. Michael Datz, Tübingen
Dr. med. Axel Ehni, Göppingen
Dr. med. Christoph Ehrensperger, Stuttgart
Dr. med. Manfred Eissler, Reutlingen
Dr. med. Matthias Fabian, Ostfildern
Dr. med. Klaus Fischinger, Eggenstein Leopoldshafen
Prof. Dr. med. Albrecht Hettenbach, Göppingen
Dr. med. Manuela Hodapp, Karlsruhe
Dr. med. Peter Hoppe-Seyler, Badenweiler
Dr. med. Paul Kalmbach, Mosbach
Dr. med. Eberhard Kimmi, Kenzingen
Dr. med. Gerhard Kittel, Baden-Baden
Dr. med. Michael Oertel, Stuttgart
Dr. med. Frank J. Reuther, Ulm
Dr. med. Stephan Roder, Talheim
Dr. med. Martin Schieber, Freiburg
Dr. med. Margareta Schlipf, Ulm
Dr. med. Helga Schulenberg, Freiburg
Dr. med. Michael Schulze, Tübingen
Dr. med. Rolf Segiet, Laupheim
Dr. med. Wolfgang Streibl, Knittlingen
Dr. med. Christoph von Ascheraden, St. Blasien
Dr. med. Bernd Walz, Wildberg

Zahnärzte

Dr. med. dent. Ruthard Boller, Mannheim
Dr. med. dent. Bernd Borckmann, Heidelberg
Dieter Buchheimer, Weil
Dr. med. dent. Konrad Bühler, Eisingen
Dr. med. dent. Jürgen Carow, Flein
Dr. med. dent. Gerhard Cube, Stuttgart
Dr. med. dent. Ulrike Heiden, Karlsruhe
Dr. med. dent. Eva Hemberger, Heidelberg
Dr. med. dent. Frauke Jooß, Ravensburg
Dr. med. dent. Manfred Lieken, Rastatt
Dr. med. dent. Klaus Lux, Schönaich
Dr. med. dent. Markus Maurer, Konstanz
Dr. med. dent. Klaus Prinz, Königsbronn
Dr. med. dent. Hendrik Putze, Stuttgart
Dr. med. dent. Peter Riedel, Waldkirch
Dr. med. dent. Götz Schaufler, Altensteig
Dr. med. dent. Christian Scheytt, Ulm
Dr. med. dent. Ulrich Schmid, Reutlingen
Dr. med. dent. Helmut Schönberg, Fellbach
Dr. med. dent. Manfred Scholz, Umkirch
Dr. med. dent. Rainer-Udo Steck, Winnenden
Wolfram Uhrig, St. Blasien
Dr. med. dent. Volker Werner, Hechingen

Tierärzte

Dr. med. vet. Bernd Biesinger, Tübingen
Dr. med. vet. Ernst Breitling, Gärtringen
Dr. med. vet. Manuela Bröckelmann, Breisach
Dr. med. vet. Bernhard Hofmeister, Biberach
Dr. med. vet. Christian Kübler, Hayingen
Dr. med. vet. Christoph Seeh, Ludwigsburg

Die Vertreterversammlung kam im Jahr 2009 zu zwei Sitzungen zusammen. Einen Schwerpunkt der ersten Sitzung bildete die Anerkennung der Jahresrechnung 2008, die Entlastung des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2008 sowie der Beschluss über den Haushaltsplan 2009 nebst Stellenplan. Der Geschäftsführer erläuterte den Mitgliedern der Vertreterversammlung das versicherungsmathematische Gutachten 2009 einschließlich Punktwertrechnung.

Im Nachgang zur Frühjahrssitzung 2007, in dem die Satzung in 13 Einzelpunkten geändert wurde, beschloss die Vertreterversammlung eine Änderung des § 46 Abs. 3 der Satzung. Anlass für diese nachträgliche Korrektur war das zum 01.09.2009 in Kraft getretene neue Versorgungsausgleichsgesetz. Die im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens eingetretenen Veränderungen machten eine Korrektur des § 46 Abs. 3 der Satzung notwendig.

In der zweiten Sitzung der Vertreterversammlung am 04.11.2009 stand der volkswirtschaftliche Vortrag des Herrn Dr. Ralph Solveen, Head of Economic Research der Commerzbank AG, im Mittelpunkt. Die Mitglieder der Vertreterversammlung diskutierten mit dem Referenten eingehend den gegenwärtigen Stand der Finanzkrise und die zu erwartenden Entwicklungen.

Weiterer Beratungsschwerpunkt der Herbstsitzung war die Neufassung der Geschäftsordnung. Ziel der Neugestaltung war es, aufgetretene Unklarheiten zu beseitigen.

Verwaltungsrat

Dem von der Vertreterversammlung für die 15. Amtsperiode gewählten Verwaltungsrat (Amtszeit 2006 bis 2010) gehören an:

Dr. med. Eberhard Kimmi, Kenzingen,
Vorsitzender des Verwaltungsrats, Präsident der Versorgungsanstalt

Dr. med. dent. Eva Hemberger, Heidelberg,
Stv. Vorsitzende des Verwaltungsrats

Ärzte

Dr. med. Fritz Bühler, Walldürn
Dr. med. Kirsten Buttkereit-Renz, Esslingen
Dr. med. Matthias Fabian, Ostfildern
Dr. med. Klaus Fischinger, Eggenstein-Leopoldshafen
Dr. med. Peter Hoppe-Seyler, Badenweiler
Dr. med. Martin Schieber, Freiburg
Dr. med. Michael Schulze, Tübingen
Dr. med. Rolf Martin Segiet, Laupheim

Zahnärzte

Dr. med. dent. Konrad Bühler, Eisingen
Dr. med. dent. Manfred Lieken, Rastatt
Dr. med. dent. Ulrich Schmid, Reutlingen
Dr. med. dent. Manfred Scholz, Umkirch

Tierärzte

Dr. med. vet. Bernd Biesinger, Tübingen
Dr. med. vet. Ernst Breitling, Gärtringen, Stv. Mitglied des Verwaltungsrats

In seinen sechs Sitzungen entschied der Verwaltungsrat im Jahr 2009 über insgesamt 19 (Vorjahre: 10, 10) Anträge von Berufsangehörigen, Ermessensleistungen oder Erlass von Versorgungsabgaben zu gewähren. 18 Anträgen wurde entsprochen; ein Antrag auf Gewährung einer Ermessensleistung wurde abgelehnt.

Als Widerspruchsbehörde nach § 14 des VA-Gesetzes entschied der Verwaltungsrat während des Berichtsjahres in 7 Fällen (Vorjahre: 11, 13). Sämtliche Widersprüche gegen die Entscheidungen des Verwaltungsrats wurden zurückgewiesen. Gegen 3 (Vorjahre: 4, 4) Widerspruchsentscheidungen wurde Klage bei den Verwaltungsgerichten erhoben.

Traditionelle Schwerpunkte der Beratungen im Verwaltungsrat im Frühjahr bildeten der Jahresbericht 2008 des Geschäftsführers, der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bansbach Schübel Brösztl & Partner GmbH, Stuttgart, der Haushaltsplanentwurf 2009 nebst Stellenplan und die Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für das Geschäftsjahr 2009.

Turnusgemäß beriet der Verwaltungsrat in der Jahresauftaktsitzung über die Anlagepolitik 2009. Er beschloss, die Zielvorgaben für die Assetklasse Immobilien von ca. 10%, für die festverzinslichen Wertpapiere von ca. 65% und für Aktien von ca. 25% beizubehalten. Der Verwaltungsrat ließ sich ferner über die direkte und indirekte Anlage in Immobilien durch die Verwaltung informieren. Der Verwaltungsrat beschloss in Folge, sich an dem noch aufzuliegenden Immobilien-Spezialfonds »American Core Recover Fund« der RREEF-Rosenberg Real Estate Equity Fund zu beteiligen.

Die Vermögensanlage stand darüber hinaus in jeder Sitzung des Verwaltungsrats auf der Tagesordnung. Als neue Investition beschloss der Verwaltungsrat ferner die Beteiligung an dem »European Solar Power Fund«.

Der Verwaltungsrat informierte sich eingehend über die Kosten der Anwendungssoftware CuRA und nahm den Bericht über die Arbeit des betrieblichen Datenschutzbeauftragten entgegen. Er beriet ferner eingehend die Neufassung der Geschäftsordnung, die von der Vertreterversammlung in ihrer Sitzung am 04. 11. 2009 beschlossen wurde.

Beraten wurde auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 05.03. 2009 in Sachen Kattner Stahlbau gegen Maschinenbau- und Metall-Berufsgenossenschaft (Az.: C – 350/07). Gegenstand des auch für die Berufsständische Versorgung wichtigen Urteils war die Frage, ob die Pflichtmitgliedschaft in der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung einen Verstoß gegen die Wettbewerbsregelungen und die Vorschriften über die Dienstleistungsfreiheit des EG-Vertrages darstellt. Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil Kriterien entwickelt, die vorliegen müssen, damit das Monopol gerechtfertigt ist. Der Verwaltungsrat hat eingehend diskutiert, ob und in welchem Umfang die Urteilsgründe auch auf andere deutsche Sozialsysteme, insbesondere die Berufsständische Versorgung wirken. Unmittelbarer Handlungsbedarf für die Versorgungsanstalt wurde nicht festgestellt.

Ebenfalls eingehend beraten hat der Verwaltungsrat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Satzungsregelungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) bezüglich eingetragener Lebenspartnerschaften.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 07.07.2009 festgestellt, dass die VBL die eingetragene Lebenspartnerschaft bezüglich der Hinterbliebenenversorgung ebenso behandeln müsse wie die Ehe. Sofern die Satzung dies nicht vorsehe, müsse sie verfassungskonform dahingehend ausgelegt werden, dass auch die eingetragene Lebenspartnerschaft gegebenenfalls rückwirkend ab 01.01.2005 einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung auslöse. Der Verwaltungsrat hat diskutiert, ob dieses Urteil auch auf die Satzung der Versorgungsanstalt anzuwenden ist. Da noch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu einem berufsständischen Versorgungswerk aussteht und gegenwärtig kein Leistungsfall bei der Versorgungsanstalt gemeldet ist, wird die weitere Entwicklung abgewartet.

Weitere Beratungsgegenstände waren der Bericht der Verwaltung über die Zuschüsse zu Rehabilitationsmaßnahmen bei Suchterkrankungen sowie über die Nachweise der Berufseinkünfte bei Abgabeerhebung, bei der Gewährung von vorgezogenem Altersruhegeld mit Berufsaufgabe und bei der Gewährung von Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit. Er beschloss ferner in zwei Fällen den Abschluss von Altersteilzeitverträgen bei Mitarbeitern.

Satzungsausschuss

Dem von der Vertreterversammlung für die 15. Amtsperiode gewählten Satzungsausschuss (Amtszeit 2006 bis 2010) gehören an:

Dr. med. Matthias Fabian, Ostfildern,
Vorsitzender des Satzungsausschusses

Dr. med. dent. Frauke Jooß, Ravensburg,
Stv. Vorsitzende des Satzungsausschusses

Priv.-Doz. Dr. med. Christian Benninger, Heidelberg

Dr. med. Christoph Ehrensperger, Stuttgart

Dr. med. Paul Kalmbach, Mosbach

Dr. med. Frank J. Reuther, Ulm

Dr. med. Margarete Schlipf, Ulm

Dr. med. Helga Schulenberg, Freiburg

Dr. med. Christoph von Ascheraden, St. Blasien

Dr. med. Bernd Walz, Wildberg

Dr. med. dent. Bernd Borckmann, Heidelberg

Dr. med. dent. Klaus Prinz, Heidenheim

Wolfram Uhrig, St. Blasien

Dr. med. vet. Manuela Bröckelmann, Breisach

Dr. med. vet. Christoph Seeh, Ludwigsburg

Im Berichtszeitraum kam der Satzungsausschuss zu keiner Sitzung zusammen.

Sachverständige

Der versicherungsmathematische Sachverständige, Herr Diplom-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht, Düsseldorf, errechnete gemäß § 28 Abs. 4 der Satzung den vom 01.07.2009 bis 30.06.2010 maßgeblichen Punktwert mit 80,36 EUR, was einer Steigerung von 0,34% gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum entspricht. Der Punktwertberechnung wurden die »Berufsständischen Richttafeln nach Klaus Heubeck / ABV« (bRT 2006 G), erstellt vom Versicherungsmathematiker Prof. Dr. Heubeck, Köln, die Satzung in der ab 01.01.2009 geltenden Fassung und der Technische Geschäftsplan in der ab 01.04.2008 geltenden Fassung zugrunde gelegt. Die Versorgungsanstalt wendet als Finanzierungsverfahren das offene Deckungsplanverfahren an.

Herr Hans-Jürgen Knecht verstarb im September 2009.

Verwaltung

Aufgaben

Die Verwaltung unterstützt die Organe der Versorgungsanstalt und deren Ausschüsse bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und führt die Beschlüsse der Selbstverwaltungsorgane durch. Nach Maßgabe des VA-Gesetzes und der Satzung werden der Eintritt, das Entfallen und das Erlöschen der Pflichtteilnahme oder der freiwilligen Teilnahme festgestellt. Bei abgabepflichtigen Teilnehmern werden jährlich Dauer und Höhe der zu leistenden Versorgungsabgaben ermittelt, durch Bescheid bekanntgegeben und die satzungsgemäßen Zahlungen überwacht. Für Teilnehmer und ihre Hinterbliebenen werden im Versorgungsfall die Anspruchsvoraussetzungen geprüft, die Höhe der Versorgungsleistungen errechnet und die fälligen Beträge ausgezahlt. Nach den Richtlinien der Vertreterversammlung und des Verwaltungsrats für die Anlage von Vermögen wird das Vermögen der Versorgungsanstalt angelegt und verwaltet.

Organisation

Die hauptamtliche Verwaltung der Versorgungsanstalt war im Geschäftsjahr 2009 wie folgt gegliedert:

Geschäftsführer Winrich Kuhberg
Stv. Geschäftsführer Dr. Roland Hepp

Abteilung 1 (Versorgung)	Leiter: Claus Mietzner
Abteilung 2 (Immobilien)	Leiter: Martin Schäfer
Abteilung 3 (Wertpapiere)	Leiter: Günter Mayer
Abteilung 4 (Innere Dienste)	Leiter: Rudolf Kopp

Aus der Verwaltungstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2009 wurden 7 (Vorjahre: 11, 13) Widerspruchsverfahren (verwaltungsgerichtliche Vorverfahren) durchgeführt. In 3 (Vorjahre: 4, 4) Fällen wurde gegen die Widerspruchsbescheide Klage vor den Verwaltungs-

gerichten erhoben; in zwei weiteren Fällen wurden Normenkontrollen beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg beantragt.

Von den bei den Verwaltungsgerichten anhängigen Verfahren wurden 3 (Vorjahre: 3, 6) im Berichtsjahr rechtskräftig abgeschlossen. In zwei Verfahren, in denen es um den Ausschluss der Hinterbliebenenversorgung und um die Kürzung der Versorgungsleistung wegen Versorgungsausgleichs ging, obsiegte die Versorgungsanstalt. In einem Verfahren, das die Gewährung einer Berufsunfähigkeitsrente zum Gegenstand hatte, wurde ein Vergleich geschlossen.

Im Berichtsjahr wurden ferner 13 (Vorjahre: 3, 5) Zivilprozesse rechtshängig. Dabei bildeten schwerpunktmäßig Mietsachen den Streitgegenstand. Es ging hauptsächlich um die Räumung und Herausgabe von Wohn- und Geschäftsräumen aufgrund fristloser Kündigung wegen Zahlungsverzugs sowie um die Zahlung von rückständigen Mietzinsen und Nebenkostenvorauszahlungen.

Die Versorgungsanstalt war ferner an 344 (Vorjahre: 307, 297) familiengerichtlichen Verfahren (Versorgungsausgleich) beteiligt. In 14 (Vorjahre: 20, 20) Einzelfällen erhob die Versorgungsanstalt gegen die Entscheidungen der Familiengerichte zum Versorgungsausgleich Beschwerde. Die Rechtsmittel hatten, soweit sie im Berichtsjahr bereits entschieden wurden, ausnahmslos Erfolg. Sie war ferner an Rechtsmitteln anderer Parteien beteiligt. Darüber hinaus beantragte die Versorgungsanstalt in einer Reihe von Fällen die Berichtigung von familiengerichtlichen Entscheidungen wegen offenkundiger Unrichtigkeiten.

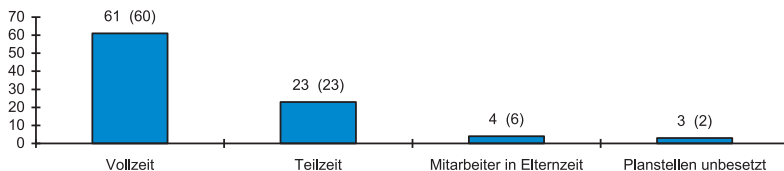
Die Versorgungsanstalt ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen (ABV). Aufgabe der ABV ist es, im Rahmen des gegliederten Systems der Alters- und Hinterbliebenenversorgung gemeinsame Interessen zu wahren, zu fördern und zu vertreten. Den Gremien der ABV gehören von der Versorgungsanstalt Herr Direktor Kuhberg (Vorsitzender des Rechtsausschusses), Herr stv. Direktor Dr. Hepp (Mitglied des Arbeitskreises Vermögensanlage) und Herr Mietzner (Mitglied des Arbeitskreises EDV) an.

Vertreter der Baden-Württembergischen Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte arbeiten ferner mit in den Ständigen Konferenzen »Ärztliche Versorgungswerke« der Bundesärztekammer sowie der Versorgungswerke für Zahnärzte und für Tierärzte.

Mitarbeiter und Verwaltungskosten

Für das Geschäftsjahr 2009 hat der Stellenplan der Versorgungsanstalt 89 Planstellen ausgewiesen (Vorjahr 89). Der Stellenplan ist Anlage zum Haushaltsplan. Ende des Geschäftsjahres 2009 waren davon 82 Stellen besetzt, darunter zwei Stellen in Job-Sharing (vier Mitarbeiter). 40 Mitarbeiter waren männlich und 44 weiblich. Zusätzlich wurden vier Auszubildende beschäftigt.

Mitarbeiter 31.12.2009 (Vorjahr)

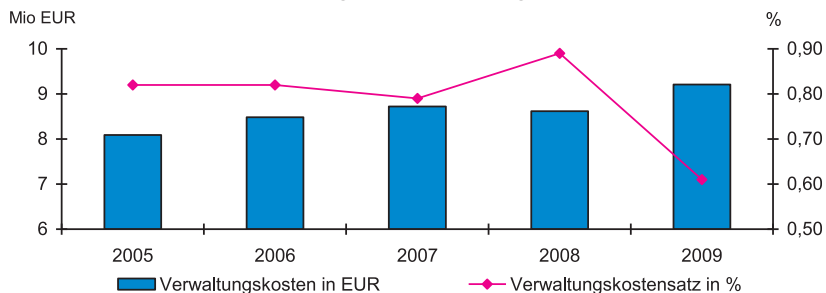


Im Geschäftsjahr 2009 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit großer Einsatzbereitschaft und hoher Kompetenz dazu beigetragen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei auch an dieser Stelle hierfür herzlich gedankt.

Für die Versorgungsverwaltung und die Verwaltung der Vermögensanlagen wurden im Berichtsjahr 9,21 Millionen EUR aufgewendet. In diesem Betrag sind die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten, die Kosten für das Verwaltungsgebäude und die sonstigen Kosten enthalten; hierzu gehören u. a. die Abschreibung der Betriebseinrichtung, sämtliche Reisekosten und Erstattungen, die Beiträge zur ABV sowie die Gebühren für die Berufsunfähigkeitsgutachten.

Im Geschäftsjahr 2009 haben die Verwaltungskosten bezogen auf die Einnahmen (Versorgungsabgaben und Vermögenserträge) 0,61% (Vorjahr 0,89%) betragen.

Entwicklung der Verwaltungskosten



Rechnungsabschluss 2008

Der Rechnungsabschluss 2008, die ihm zugrunde liegende Buchführung sowie der Jahresbericht 2008 wurden im März 2009 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bansbach Schübel Brösztli & Partner GmbH, Stuttgart, geprüft. Sie ist anerkannter Sachverständiger im Sinne des § 15 Abs. 3 der Satzung. Die Prüfung hat ergeben, dass die Buchführung und der Rechnungsabschluss den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Die wirt-

schaftlichen Verhältnisse der Versorgungsanstalt haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Die Prüfungsgesellschaft hat daher am 13.03.2009 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Voraussichtliche Entwicklung

Auch nach dem Jahresergebnis 2009 kann weiterhin von einer stabilen Entwicklung des Teilnehmerzuwachses ausgegangen werden, so dass die Annahmen des technischen Geschäftsplans bezüglich des Neuzugangs gerechtfertigt sind.

Die Versorgungsabgaben haben sich im Jahr 2009 erfreulich positiv entwickelt; die weitere Entwicklung ist allerdings nicht zuletzt wegen politischer Einflussnahmen nur schwer kalkulierbar. Aus Vorsichtsgründen wird in den folgenden Jahren mit einer konstanten Entwicklung gerechnet. Der allgemeine Beitragssatz des § 23 Abs. 1 der Satzung von 9% der Berufseinkünfte des vorletzten Jahres ist unverändert geblieben. Bei den niedergelassenen Teilnehmern wird aufgrund der politischen Vorgaben bei den Ausgaben im Gesundheitswesen zumindest für Baden-Württemberg mit stagnierenden bis nur leicht positiven Einkünften bzw. Versorgungsabgaben gerechnet. Im Jahr 2010 entrichten angestellte Teilnehmer, die von der Versicherungspflicht in der Deutschen Rentenversicherung befreit sind, Versorgungsabgaben nach dem im Vergleich zum Jahr 2009 unveränderten Beitragssatz von 19,9%; dagegen ist die Beitragsbemessungsgrenze im Jahr 2010 um 1,85% auf 5.500 EUR monatlich angehoben worden.

Die Ausgaben für Versorgungsleistungen werden in den kommenden Jahren planmäßig weiter zunehmen. Abhängig von der Zahl der Zugänge an Altersruhegeldern, vorgezogenen Altersruhegeldern, Ruhegeldern bei Berufsunfähigkeit und Hinterbliebenenrenten ist von einer Steigerung der Ausgaben um ca. 7% auszugehen. Die Entwicklung der Verpflichtungen der Versorgungsanstalt wird durch das jährliche Gutachten über die Berechnung des Punktwerts vom versicherungsmathematischen Sachverständigen überprüft. Aufgrund des Todes des langjährigen Sachverständigen, Herrn Diplom-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht, sind nun die Versicherungsmathematiker Gassner und Partner, Stuttgart, mit der versicherungsmathematischen Beratung beauftragt worden.

Das Vermögen der Versorgungsanstalt wird planmäßig im Jahr 2010 und in den darauf folgenden Jahren weiter dynamisch wachsen. Dies ergibt sich vor allem aus der Struktur der Teilnehmerschaft, die nach wie vor von hohen Beständen in jungen und mittleren Jahrgängen und noch niedrigen Beständen an Ruhegeldempfängern und rentennahen Jahrgängen geprägt ist. Weiterhin sind die Einnahmen aus Versorgungsabgaben höher als die Ausgaben an Versorgungsleistungen.

Die globale Finanzmarktkrise hat wie erwartet zu einer weltweiten Rezession geführt. Bei der Rentenanlage haben Bonitätsrisiken bei den Emittenten zugenommen. Die Entwicklung an den Aktienmärkten, die die Erholung der Weltwirtschaft schon vorweg genommen hat, war zwar im Jahr 2009 sehr erfreulich. Die Rückgänge an den Aktienmärkten seit Beginn des Jahres 2010 spiegeln aber die allgemeine Verunsicherung bezüglich der weiteren Entwicklung wider. Die Immobilienmärkte, in denen sich die wirtschaftliche Entwicklung des jeweiligen Landes mit zeitlicher Verzögerung zeigt, finden sich in unterschiedlicher Intensität weiter im Abschwung.

Risiken im Bereich der Vermögensanlage wird insbesondere durch Mischung und Streuung, durch die Sicherheitsrücklage nach § 13 Abs. 4 der Satzung und durch eine vorsichtige Ausschüttungspolitik bei den Wertpapierfonds begegnet. Zur Erreichung der langfristigen Renditeziele der Versorgungsanstalt ist – unter Berücksichtigung des niedrigen Zinsniveaus – die kalkulierte Übernahme von Risiken durch Investitionen in Aktien und anderen risikobehafteten und damit volatilen Anlageklassen erforderlich.

Die beim Zinsanstieg unvermeidlichen Marktwertverluste festverzinslicher Wertpapiere sind unter dem Aspekt der Rechnungslegung insofern unproblematisch, als der bei weitem überwiegende Teil der Zinsänderungsrisiken bei Vermögensgegenständen besteht, die mit ihrem Nominalwert bilanziert werden.

Neuanlagen bzw. Wiederanlagen in festverzinslichen Wertpapieren sind unter den seit geraumer Zeit anhaltenden Marktverhältnissen nur zu Zinssätzen möglich, die unter dem Rechnungszins liegen. Den hieraus resultierenden Risiken im Hinblick auf die langfristigen Renditeziele wurde im Rahmen der Anlagestrategie auch insoweit Rechnung getragen, als durch den Einsatz von Wertpapieren mit längeren Laufzeiten und von Zerobonds der kurz- und mittelfristige Anlagebedarf erheblich reduziert wurde. Darüber hinaus wird durch den gezielten Einsatz von strukturierten Wertpapieren eine Verbesserung der Rendite angestrebt.

Verwaltungstechnischen Risiken wird durch den Einsatz von testierter Standardsoftware begegnet. So setzt die Abteilung 1 – Versorgung die Anwendungssoftware CuRA ein, die bundesweit auch von einer Reihe anderer Versorgungswerke benutzt wird. Testierte Standardsoftware findet sich auch in der Abteilung 2 – Immobilien und in der Abteilung 4 – Innere Dienste – Buchhaltung. Darüber hinaus ist ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet. Eine Risikoinventur ist über alle Bereiche des Hauses für das Jahr 2009 durchgeführt worden und wird zukünftig jährlich aktualisiert.

Besonderes Augenmerk wird auch auf die Sicherheit des Verwaltungsgebäudes gelegt. So ist in den letzten Jahren eine aufwändige Brandmeldeanlage, ein Ersatz-Stromverteiler und ein Notstromsystem installiert worden. Für den Ausfall wichtiger Systeme bestehen zudem Verträge mit externen Dienstleistern.

C Aktive Teilnehmer und Versorgungsabgaben

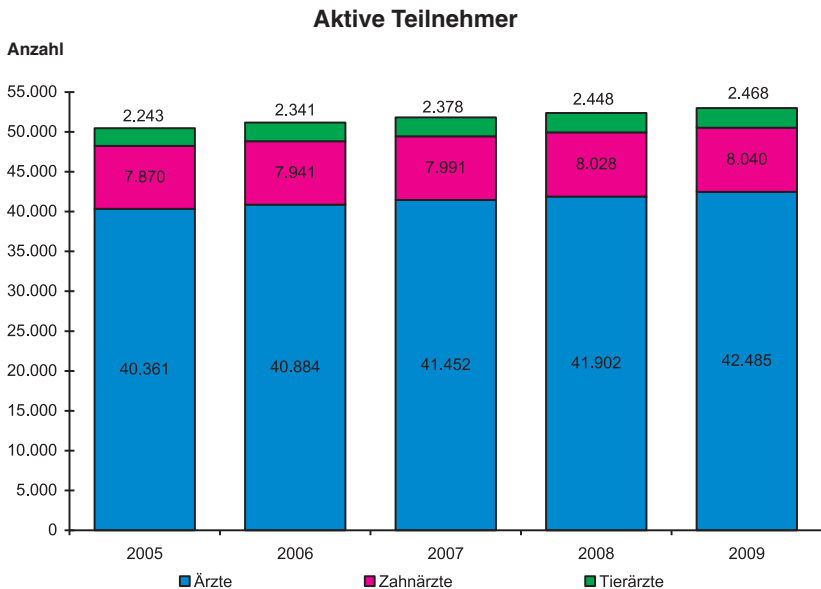
Aktive Teilnehmer

	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009
Aktive Teilnehmer		
abgabepflichtig	51.377	52.037
ohne Abgabepflicht	1.001	956
Summe	52.378	52.993

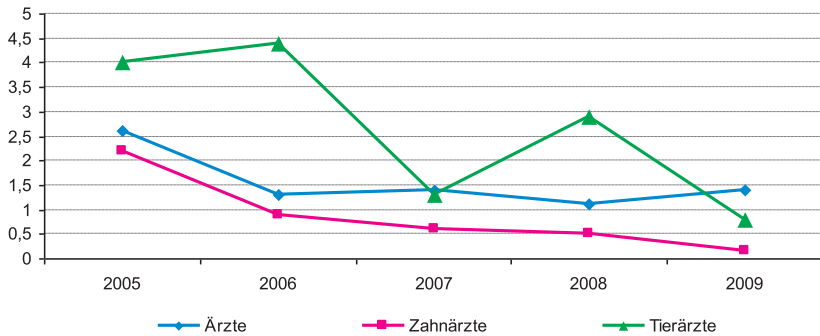
Frühere Teilnehmer (Anwartschaftsberechtigte)

	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009
Summe	4.198	4.830

Im Berichtsjahr nahm die Zahl der aktiven Teilnehmer um 615 (1,17%) auf 52.993 zu.

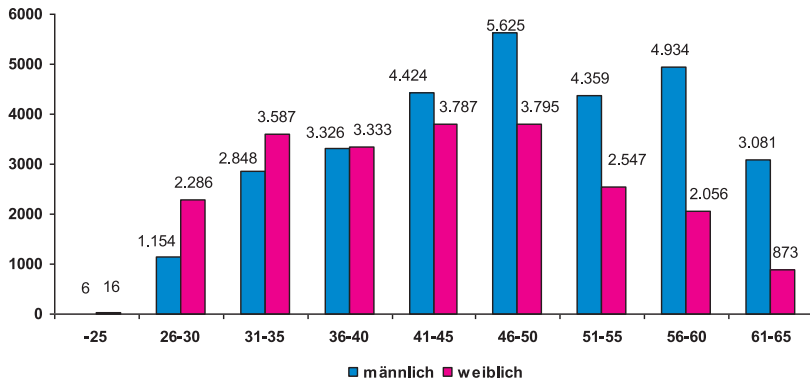


Entwicklung des Zugangs der aktiven Teilnehmer (%)



Altersgliederung der abgabepflichtigen Teilnehmer

Anzahl

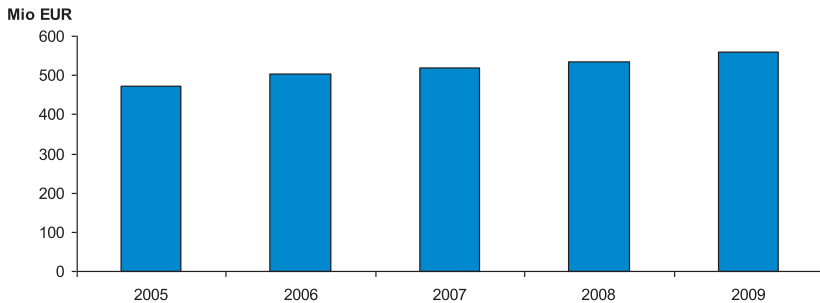


Versorgungsabgaben

Die Versorgungsabgaben, Überleitungsbeträge, Nachversicherungsbeiträge und Versorgungsausgleichsbeträge haben betragen:

	2008 Mio EUR	2009 Mio EUR
Versorgungsabgaben	519,040	543,969
Überleitungsbeträge	11,616	12,508
Nachversicherungsbeiträge	3,920	3,528
Versorgungsausgleichsbeträge	0,667	0,556
Summe	535,243	560,561

Entwicklung der Versorgungsabgaben



Die Abgabesumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4,73% erhöht. Diese Steigerung beruht neben der Zunahme der abgabepflichtigen Teilnehmer auf mehr gezahlten Versorgungsabgaben von Seiten der angestellten wie auch der niedergelassenen Teilnehmer.

Die Abgaben der angestellten Teilnehmer, die von der Rentenversicherungspflicht befreit sind, stiegen bei einem unveränderten Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung von 19,9% bei einer um 100 EUR auf 5.400 EUR angehobenen Beitragsbemessungsgrenze.

Die von den niedergelassenen Teilnehmern gezahlten Versorgungsabgaben 2009 waren entsprechend der veränderten Bemessungsgrundlage (Berufseinkünfte des Jahres 2007 gegenüber 2006) höher als 2008.

In der Abgabesumme 2009 enthalten sind nach § 207 Abs. 1 Nr. 1 SGB III die von der Bundesagentur für Arbeit geleisteten Abgaben von insgesamt 1,59 Millionen EUR für 1.115 zeitweilig arbeitslose Teilnehmer (im Vorjahr: 1,48 Millionen EUR für 1.087 Teilnehmer).

Entsprechend den Abkommen mit den berufsständischen Versorgungswerken in anderen Bundesländern stellen sich die Überleitungen wie folgt dar:

	2008		2009	
	Anzahl	Mio EUR	Anzahl	Mio EUR
Zugänge	659	11,616	654	12,508
Abgänge	496	10,483	479	11,672

Nachversicherungen nach § 30 der Satzung wurden durchgeführt:

2008		2009	
Anzahl	Mio EUR	Anzahl	Mio EUR
52	3,920	39	3,528

Rückerstattungen von Versorgungsabgaben nach § 32 der Satzung wurden gewährt:

2008		2009	
Anzahl	Mio EUR	Anzahl	Mio EUR
5	0,023	6	0,086

D Versorgungsempfänger und Versorgungsleistungen

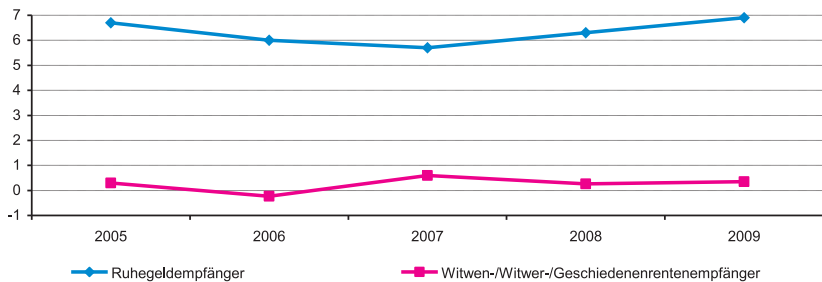
Versorgungsempfänger

	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009
Summe	15.737	16.457

Empfänger von Altersruhegeld (AR) und von Witwen-/Witwer-/Geschiedenenrente (WR)



Anzahl Empfänger von Ruhegeld und von Witwen-/Witwer-/Geschiedenenrente (Veränderung in %)



Die Zahlen der Empfänger von Leistungen aus dem Kreis der 4.335 Berechtigten nach § 46 der Satzung (Versorgungsausgleich bei Ehescheidung; Realteilung), die nicht Teilnehmer sind, haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

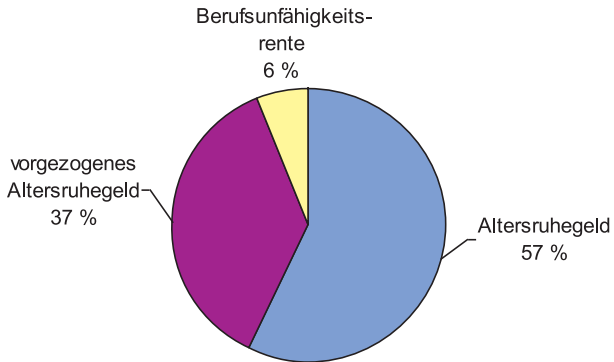
Laufende Versorgungsleistungen	Stand 31. 12. 2008	Stand 31. 12. 2009
Ruhegelder	687	758
Kinderzuschläge	55	57
Halbwaisenrenten	21	23
	763	838

Die Bestände der Ruhegeldempfänger gliedern sich wie folgt:

Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte	2008	2009
Altersruhegeld	6.124	6.530
vorgezogenes Altersruhegeld	3.837	4.174
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit – dauernd	577	569
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit – vorübergehend	84	83
	10.622	11.356

Berechtigte nach § 46 der Satzung	2008	2009
Altersruhegeld	272	303
vorgezogenes Altersruhegeld	321	360
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit – dauernd	86	85
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit – vorübergehend	8	10
	687	758

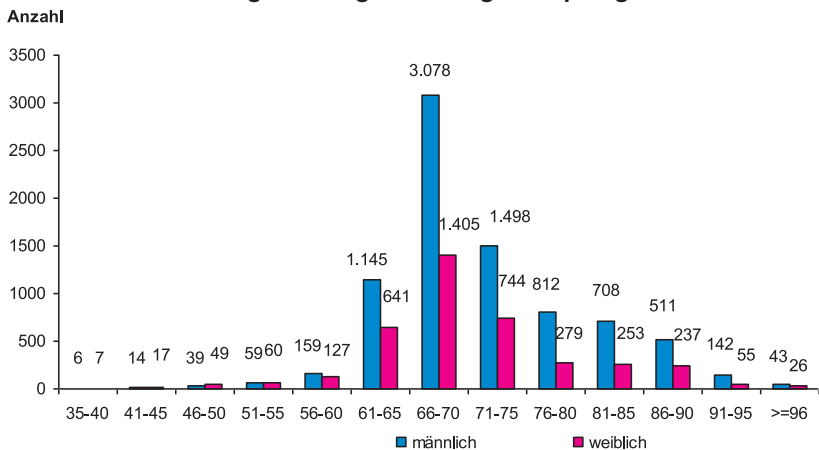
Ruhegelder



Der Bestand an Altersruhegeldern zum 65. Lebensjahr nahm im Berichtsjahr bei den Ärzten um 356, bei den Zahnärzten um 46 und bei den Tierärzten um 4 zu. Der Gesamtbestand erhöhte sich um 406 auf 6.530. Die Anzahl der vorgezogenen Altersruhegelder stieg um 337 auf 4.174; der Anteil am Gesamtbestand an Altersruhegeldern beträgt 37 % (Vorjahr 38,5%).

Im Jahresverlauf verringerte sich die Zahl der Ruhegelder bei Berufsunfähigkeit um 9 auf 652.

Altersgliederung der Ruhegeldempfänger

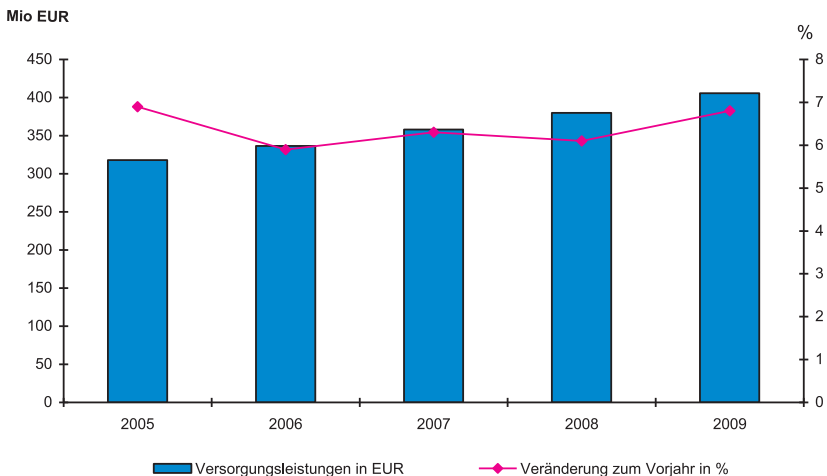


Versorgungsleistungen

Die Summe der festgestellten Versorgungsleistungen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 25,90 Millionen EUR (6,8%) auf 405,801 Millionen EUR. Für 3.023 Leistungsempfänger (Stand Dezember 2009) musste die Versorgungsanstalt an 73 Kassen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge von rd. 680 TEUR monatlich abführen. Leistungsempfänger der Versorgungsanstalt, die in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung versichert sind, haben regelmäßig die Bezüge aus der Versorgungsanstalt der Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner zu unterwerfen.

	2008 Mio EUR	2009 Mio EUR
Ruhegelder und Kinderzuschläge	306,661	331,780
Witwen-/Witwerrenten	68,356	69,180
Halbwaisenrenten	2,803	2,766
Vollwaisenrenten	0,157	0,196
Sterbegelder	1,581	1,533
Summe der Pflichtleistungen	379,558	405,455
Ermessensleistungen	0,341	0,346
Summe der Versorgungsleistungen	379,899	405,801

Entwicklung der Versorgungsleistungen



E Kapitalanlagen und ihre Erträge

Kapitalanlagen

Die Höhe der Kapitalanlagen hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand	Veränderung	Endbestand
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR
Liegenschaften	272,011	16,416	288,427
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.843,789	279,083	4.122,872
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	108,577	37,726	146,303
Namensschuldverschreibungen	1.544,478	133,385	1.677,863
Schuldscheinforderungen	2.223,464	394,646	2.618,110
Einlagen bei Kreditinstituten	74,000	95,000	169,000
Andere Kapitalanlagen	22,523	14,150	36,673
	8.088,842	970,406	9.059,248

Der Gesamtbestand der Kapitalanlagen erhöhte sich im Berichtsjahr um 970,406 Millionen EUR bzw. um 12,0% auf 9,059 Milliarden EUR.

Die im Direktbestand gehaltenen Immobilien stiegen um 6,0% auf 288,427 Millionen EUR. Diese Erhöhung ergibt sich aus Zugängen in Höhe von 32,156 Millionen EUR bzw. Abgängen in Höhe von 3,700 Millionen EUR einerseits sowie aus planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 5,899 Millionen EUR und außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von 6,141 Millionen EUR andererseits.

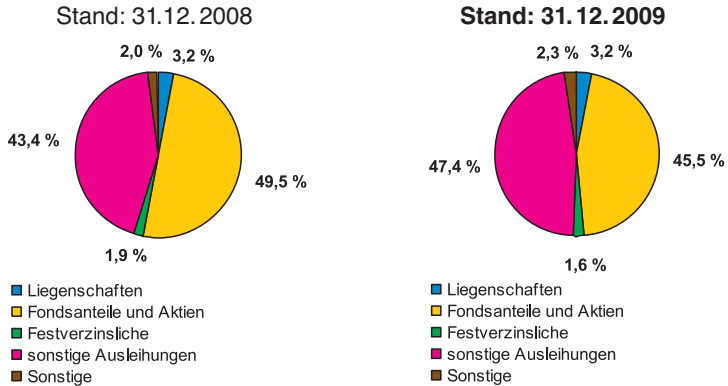
Der im Direktbestand gehaltene Immobilienanteil verminderte sich von 3,4% auf 3,2%. Unter Einbeziehung der Immobilienfonds beträgt der Immobilienanteil 8,3% (Vorjahr 9,0%). Bei Berücksichtigung der Investitionen in Immobilienaktien und strukturierten Schuldscheinen mit Immobiliencharakter liegt die Immobilienquote bei 10,2% (Vorjahr 10,6%). Zum Bilanzstichtag verwaltete die Abteilung 2 - Immobilien 37 Objekte.

Der Aktienanteil sank trotz erheblichen Wertzuwachses auf Grund der Auflösung von Bewertungseinheiten in Höhe von 393,292 Millionen EUR von ca. 25,0% auf ca. 23,5%. Die Bewertung des Aktienvermögens erfolgte zum strengen Niederstwertprinzip.

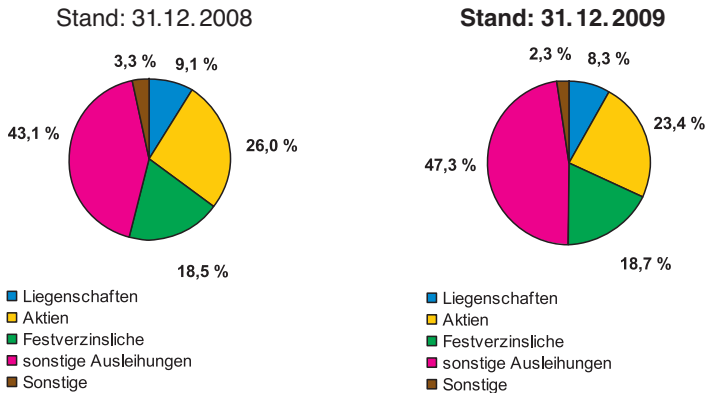
Die Position Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erhöhte sich um 37,726 Millionen EUR auf 146,303 Millionen EUR. Namensschuldverschreibungen stiegen um 133,385 Millionen EUR auf 1,678 Milliarden EUR, Schuldscheinforderungen um 394,646 Millionen EUR

auf 2,618 Milliarden EUR. Einlagen bei Kreditinstituten spielten im Rahmen der Anlagestrategie keine nennenswerte Rolle.

Der Anteil an Kapitalanlagen, welcher durch die Anlagegrenze nach § 2 Abs. 3 der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen (Anlageverordnung - AnIV) auf 35% begrenzt ist, lag zum Stichtag bei 24,3%. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Verschiebung der Struktur der Kapitalanlagen:



Aussagekräftiger sind nachfolgende Schaubilder, bei denen das Vermögen der Spezialfonds den originären Anlagekategorien (Aktien, Festverzinsliche, Immobilien) zugerechnet wird. Demnach veränderte sich die Struktur der Kapitalanlagen wie folgt:



Erträge aus Kapitalanlagen

Die Mieteinnahmen beliefen sich auf 23,544 Millionen EUR und lagen damit um 2,042 Millionen EUR über dem Niveau des Vorjahres. Die Zunahme ergibt sich durch Entschädigungszahlungen im Zusammenhang mit der vorzeitigen Beendigung von zwei gewerblichen Mietverträgen und durch Mietsteigerungen im gesamten Immobiliendirektbestand.

Die Aufwendungen für Liegenschaften betrugen 16,135 Millionen EUR. Planmäßige Abschreibungen auf Gebäude (2%) beliefen sich auf 5,899 Millionen EUR, außerplanmäßige Abschreibungen beliefen sich auf 6,141 Millionen EUR. Die weiteren Aufwendungen in Höhe von insgesamt 4,095 Millionen EUR entstanden im Wesentlichen durch Instandsetzungsarbeiten und Betriebskosten.

Zur Ermittlung der Rendite der Liegenschaften wurde der Nettomietsertrag zum Marktwert des Immobilienbestands in Beziehung gesetzt. Hierdurch ergab sich für die im Direktbestand gehaltenen Immobilien eine Rendite von 5,66%. Unter Einbeziehung der Immobilienspezialfonds betrug die Rendite 3,82%.

Erträge aus anderen Kapitalanlagen betrugen 715,625 Millionen EUR (Vorjahr 288,996 Millionen EUR). Der starke Anstieg beruht in Höhe von 395,994 Millionen EUR auf der Auflösung von Kurssicherungsgeschäften (Put-Optionen auf Aktienindices). Die Erträge aus Zuschreibungen (Wertaufholungsgebot) beliefen sich auf 168,596 Millionen EUR (Vorjahr 1,812 Millionen EUR). Einnahmen aus dem Abgang von Kapitalanlagen betrugen 38,251 Millionen EUR (Vorjahr 125,787 Millionen EUR).

Die Aufwendungen für Wertpapiere lagen bei 67,382 Millionen EUR (Vorjahr 552,252 Millionen EUR). Abschreibungsbedarf ergab sich bei Wertpapieren und Fondsanteilen in Höhe von 60,199 Millionen EUR. Rückstellungen für drohende Verluste wurden gebildet in Höhe von 0,979 Millionen EUR. Die Verzinsung der Finanzanlagen betrug 10,46% (Vorjahr – 1,74%).

Einschließlich der Einnahmen aus dem Abgang von Kapitalanlagen beliefen sich die Erträge aus Kapitalanlagen auf 946,016 Millionen EUR. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 507,918 Millionen EUR bzw. um 115,9%.

F Entwicklung und Verzinsung des Deckungsstocks sowie der Sicherheitsrücklage

Ende 2009 wurden dem Deckungsstock 802,500 Millionen EUR (Vorjahr 150,000 Millionen EUR) zugeführt.

Entwicklung des Deckungsstocks	Millionen EUR
Stand 01.01.2009 (31.12.2008)	7.800,000
Zuführung	802,500
Stand 31.12.2009	8.602,500

Ende 2009 wurden der Sicherheitsrücklage 193,979 Millionen EUR zugeführt (Vorjahr Entnahme in Höhe von 138,307 Millionen EUR), so dass die Sicherheitsrücklage 6,5% des Deckungsstocks beträgt (Vorjahr 4,7%).

Entwicklung der Sicherheitsrücklage	Millionen EUR
Stand 01.01.2009 (31.12.2008)	365,167
Zuführung	193,979
Stand 31.12.2009	559,146

Mit Stand 31.12.2009 betragen der Deckungsstock und die Sicherheitsrücklage 9.161,646 Millionen EUR.

Zur Ermittlung der Verzinsung des Deckungsstocks wurde die Summe der Einnahmen aus Kapitalanlagen, vermindert um Aufwendungen für Liegenschaften und Wertpapiere, zum Mittelwert des Deckungsstocks im Jahr 2009 in Beziehung gesetzt. Einnahmen aus dem Abgang von Kapitalanlagen wurden in die Berechnung ebenso einbezogen wie Zuschreibungen aufgrund des Wertaufholungsgebots. Nach dieser Berechnungsmethode ergibt sich für das Jahr 2009 eine Verzinsung des Deckungsstocks von 10,52% (Vorjahr 0,18%).

Aktiva	Bilanz	
	EUR	Vorjahr TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	257.126,00	692
B. Kapitalanlagen		
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	288.427.221,00	272.011
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.122.872.185,14	3.843.789
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	146.302.943,63	108.577
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	1.677.863.025,60	1.544.478
b) Schuldscheinforderungen	2.618.109.590,31	2.223.464
4. Einlagen bei Kreditinstituten	169.000.000,00	74.000
5. Andere Kapitalanlagen	36.673.089,95	22.523
	9.059.248.055,63	8.088.842
C. Forderungen aus Versorgungsabgaben	13.377.117,96	15.370
D. Sonstige Vermögensgegenstände		
I. Sachanlagen	338.146,00	234
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	4.667.670,32	6.507
III. Andere Vermögensgegenstände	15.363.975,30	5.219
	20.369.791,62	11.960
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Vorauszahlungen von Versorgungsleistungen	34.965.561,31	32.807
II. Abgegrenzte Zinsen	61.578.792,83	42.476
III. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	102.118,79	100
	96.646.472,93	75.383
	9.189.898.564,14	8.192.247

zum 31. Dezember 2009

Passiva

	EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital		
I. Deckungsstock	8.602.500.000,00	7.800.000
II. Sicherheitsrücklage	559.145.989,58	365.167
	9.161.645.989,58	8.165.167
B. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	7.583.663,00	7.072
II. Sonstige Rückstellungen	12.679.242,54	12.782
	20.262.905,54	19.854
C. Andere Verbindlichkeiten		
I. Noch auszahlende Versorgungsleistungen	310.088,68	298
II. Sonstige Verbindlichkeiten	2.145.125,09	1.459
	2.455.213,77	1.757
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Disagio aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen	3.692.558,93	2.359
II. Vorauszahlungen von Versorgungsabgaben	1.447.669,64	3.024
III. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	394.226,68	86
	5.534.455,25	5.469
	9.189.898.564,14	8.192.247

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009
der Baden-Württembergischen Versorgungsanstalt
für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte
- Anstalt des öffentlichen Rechts - , Tübingen

	EUR	Vorjahr TEUR
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge		
Gebuchte Bruttobeiträge	560.560.742,28	535.243
2. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	23.544.126,51	21.502
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	715.624.551,88	288.996
c) Erträge aus Zuschreibungen	168.596.389,76	1.812
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>38.250.705,40</u>	125.787
	<u>946.015.773,55</u>	438.097
	1.506.576.515,83	973.340
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle	405.800.524,65	379.899
4. Aufwendungen für Rückkäufe, Rückgewährungsbeiträge, Austrittsvergütungen und Überleitungen	11.757.788,84	10.506
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen		
Deckungsstock	802.500.000,00	150.000

	EUR	Vorjahr TEUR
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
Sonstige Aufwendungen	9.209.978,30	8.618
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Sonstige Aufwendungen	5.083.747,35	15.879
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	72.239.001,00	539.080
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>6.194.952,22</u>	7.780
	<u>83.517.700,57</u>	562.739
	<u>193.790.523,47</u>	-138.422

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge	<u>188.131,23</u>	115
	193.978.654,70	-138.307
2. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	<u>193.978.654,70</u>	-138.307
3. Einstellung in die / Entnahme aus den Gewinnrücklagen Sicherheitsrücklage	<u>193.978.654,70</u>	-138.307
4. Bilanzgewinn	<u><u>0,00</u></u>	0

Bestätigungsvermerk

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem als Anlage 1 bis 3 beigefügten Jahresabschluss und dem als Anlage 4 beigefügten Jahresbericht der Baden-Württembergischen Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte, Tübingen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009 den nachstehenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang- unter Einbeziehung der Buchführung und den Jahresbericht der Baden-Württembergischen Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Jahresbericht (Darstellung der Lage gem. § 289 HGB) nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 238 - 335 HGB) und den ergänzenden Bestimmungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Versorgungsanstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Jahresbericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Jahresbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Versorgungsanstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Jahresbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Jahresberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Baden-Württembergischen Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 den gesetzlichen Vorschriften und ergänzenden Bestimmungen in der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Versorgungsanstalt. Der Jahresbericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Versorgungsanstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Stuttgart, den 12. März 2010

BANSBACH SCHÜBEL BRÖSZTL & PARTNER GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft

Frank
Wirtschaftsprüfer

Sagert
Wirtschaftsprüfer

VA-Seminare

Die Baden-Württembergische Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte bietet halbtägige Seminare für ihre Teilnehmer an. Durch intensive Wissensvermittlung und Meinungsaustausch soll interessierten Ärzten, Zahnärzten und Tierärzten sowie ihren Ehepartnern Gelegenheit gegeben werden, sich konzentriert und ausschließlich mit der berufsständischen Versorgung und der Versorgungsanstalt allgemein, aber auch konkret mit ihren eigenen Fragen zu diesem Themenkreis zu befassen.

Die Seminare finden regen Zuspruch, die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Die Teilnahmegebühr von 30 EUR deckt die Tagungskosten und die Kosten des sich anschließenden gemeinsamen Mittagessens ab.

Seminarthema:

Was bedeutet berufsständische Versorgung und was bringt Ihnen die Versorgungsanstalt?

- Wesen und Wert der berufsständischen Versorgung
- Die verschiedenen Finanzierungsverfahren
- Das Finanzierungssystem der Versorgungsanstalt
- Funktion des Deckungsstocks
- Versorgungsabgaben (Pflicht und Gestaltungsmöglichkeit)
- Versorgungsleistungen (Anspruch, Berechnung und Höhe)
- Abgrenzung gegenüber anderen Vorsorgeformen
- Steuerliche Behandlung von Abgaben und Versorgungsleistungen nach dem Alterseinkünftegesetz
- Vermögensanlage der Versorgungsanstalt

Termine Samstag, 16. Oktober 2010 in **Freiburg**
Samstag, 19. März 2011 in **Mannheim**
Samstag, 22. Oktober 2011 in **Ulm**

Seminarbeginn ist jeweils 9:30 Uhr s.t., Seminarende ist gegen 13:00 Uhr. Das gemeinsame Mittagessen schließt sich unmittelbar an.

Ihre Anmeldung erbitten wir formlos schriftlich (mit Angabe der Verwaltungsnummer), E-Mail: info@bwva.de oder Telefax: 07071 - 26934 an die Versorgungsanstalt. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Die Mindestteilnehmerzahl ist 20, die Höchstteilnehmerzahl ist 60 Personen.

Liegenschaft der Versorgungsanstalt im Bild



Logistikimmobilie Lorsch

Die Logistikimmobilie wurde 2009 erworben und ist langfristig an einen Bio-Lebensmittel-Filialisten vermietet. Die Dachfläche ist mit einer Photovoltaikanlage versehen.

Die Baden-Württembergische Versorgungsanstalt
für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte
gedenkt in Trauer
ihrer verstorbenen Amtsträger

Dr. med. dent. Dietrich Montigel

geb. 19.11.1927 gest. 19.04.2009

Mitglied der Vertreterversammlung 1961 bis 1970
Mitglied der Vertreterversammlung 1972 bis 1998
Mitglied des Verwaltungsrats 1978 bis 1994
Vorsitzender des Satzungsausschusses 1978 bis 1982

Dr. med. dent. Gertraude Breisch-Uebel

geb. 23.03.1927 gest. 13.05.2009

Mitglied der Vertreterversammlung 1974 bis 1982

Dr. med. dent. Kurt Mahlenbrey

geb. 04.11.1931 gest. 23.10.2009

Mitglied der Vertreterversammlung 1974 bis 1978
Stv. Vorsitzender der Vertreterversammlung 1978 bis 1998
Mitglied des Verwaltungsrats 1998 bis 2008
Vorsitzender des Verwaltungsrats 1998 bis 2008
Ehrenpräsident der Versorgungsanstalt seit 2008

Dr. med. dent. Hans-Joachim von Heyden

geb. 28.12.1922 gest. 28.10.2009

Mitglied der Vertreterversammlung 1961 bis 1982
Mitglied des Verwaltungsrats 1970 bis 1974

Dr. med. dent. Fritz Laux

geb. 26.02.1914 gest. 12.02.2010

Mitglied der Vertreterversammlung 1966 bis 1970

Dr. med. Fritz Bühler

geb. 04.09.1943 gest. 15.03.2010

Mitglied der Vertreterversammlung 1982 bis 2010
Mitglied des Satzungsausschusses 1990 bis 2002
Mitglied des Verwaltungsrats 2002 bis 2010



Baden-Württembergische
Versorgungsanstalt
für Ärzte, Zahnärzte
und Tierärzte

Postfach 2649
72016 Tübingen

Gartenstraße 63
72074 Tübingen

Telefon: 070 71-20 10
Telefax: 070 71-269 34
E-Mail: info@bwva.de
Internet: www.bwva.de